



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und
Innovation SBFI
Herr Guillaume Hellmüller
Hallwylstrasse 15
3003 Bern
per Mail an: guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Bern, 6. Oktober 2023

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwalts- gesetz

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrter Herr Hellmüller,

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Die SP begrüsst das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Denn internationale Mobilität ist angesichts des Fachkräftemangels nicht nur im Interesse der Arbeitgeber:innen, sondern auch im Interesse der Arbeitnehmer:innen. So können diese vereinfacht ihre beruflichen Ziele verfolgen oder beispielsweise einem Familienmitglied in das Vereinigte Königreich folgen und dort in ihrem Beruf, auf dem sie ausgebildet wurden, arbeitstätig sein.

Da es beim vorliegenden Abkommen nicht um eine neue Regelung, sondern um eine Weiterführung der bereits seit über 20 Jahren bestehenden Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich geht, erachtet die SP die vorgeschlagenen gesetzlichen Anpassungen als sinnvoll und notwendig.

Insbesondere begrüsst die SP, dass im vorliegenden Abkommen Verbesserungen im Bereich der automatischen Anerkennung für spezifische Berufe gemacht wurden. Hierzu regt die SP an, in einer allfälligen Anpassung des Abkommens eine entsprechende Ausweitung auf weitere Berufe zu prüfen.



Ausserdem regt die SP an, dass nach der Einführung des «Professional Bachelor» und «Professional Master» diese Titel in einer allfälligen Aufdatierung des Abkommens darin aufgenommen werden.

Zuletzt ist anzumerken, dass das Risiko von Lohndumping weiterhin mittels innerstaatlichen Schutzmechanismen verhindert werden soll.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Severin Meier
Politischer Fachreferent